

Shanghaier Schüler der Sekundarstufe auf eine weitere Distanzierung vom Revolutionsführer hin. Dort werde dem chinesischen Kommunismus vor Beginn der Wirtschaftsreformen im Jahr 1979 wenig Platz gewidmet. Mao Zedong werde in nur einem einzigen Satz erwähnt. (SCMP, 29.7., 10., 11.9.06; XNA, 9.9.06; ST, 29.7., 2., 7., 8., 9.9.06; FAZ, 9.9.06; FT, 9.9.06; NZZ, 11.9.06; IHT, 1.9.06)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Revidiertes Pflichtschulgesetz

Am 1. September 2006 trat das revidierte Pflichtschulgesetz (*yiwu jiaoyu fa*) in Kraft. Inhaltlich zielt die Änderung des Gesetzestextes von 1986 vor allem auf eine Verbesserung des Bildungszugangs für Kinder in ländlichen Gebieten und für Migrantenkinder in den Städten ab.

Das geänderte Gesetz sichert Kindern von Migranten das Recht auf Bildung und die schulische Integration zu. Alle lokalen Regierungen an den Zielorten der Zuwanderer mit Kindern sind nun gesetzlich verpflichtet, die Einhaltung der neunjährigen Schulpflicht in ihrem Zuständigkeitsbereich zu gewährleisten.

Bereits in den Jahren 1998 und 2002 wurden Bestimmungen erlassen, die die Rechte der Migrantenkinder auf Schulbildung an den Zielorten stärkten und die Lokalregierungen dafür in die Pflicht nahmen (vgl.

C.a., 1998/3, Ü 26, 2002/7, Ü 32). Dabei zeigte sich jedoch, dass die eingeschränkte Aufnahme in öffentlichen Schulen die praktische Umsetzung der Regularien erschwerte. Dieser stehen oftmals die fehlende Registrierung und das erhöhte Schulgeld für Migrantenkinder entgegen. Lokale Regierungen haben daraufhin z.B. Schulgelder gesenkt, Stipendien vergeben und das Wohnrecht geändert (vgl. C.a., 2004/4, Ü 15). In Beijing wurden 2004 Schulgebühren für Migrantenkinder sogar abgeschafft und von Zuwanderern selbst eingerichtete und verwaltete Schulen werden seither dabei unterstützt, die erforderlichen Standards zu erreichen (vgl. C.a., 2/2005, Ü 26).

Im September 2006 kündigte die Stadtverwaltung von Beijing nun weitere Finanzhilfen in Höhe von 80 Mio. RMB Yuan für Unterrichtsmaterial und die Schulausstattung in Migratenschulen an. In Beijing soll es nach Angaben staatlicher Medien 49 staatlich zugelassene Privatschulen und mehr als 100 Privatschulen ohne Zulassung geben. Aufgrund der mittlerweile 2,8 Mio. Wanderarbeiter und 370.000 Migrantenkinder in Beijing würden Migrantenschulen „wie Pilze aus dem Boden schießen“, so Xinhua.

Ein widersprüchliches Signal geht von der gleichzeitigen Schließung von 37 Migrantenschulen im Beijinger Bezirk Haidian aus. Angeblich waren Sicherheitsmängel und die Tatsache, dass es zu wenig qualifizierte Lehrer gab, für die Entscheidung der Behörden ausschlaggebend. Chinesische Medien kritisierten, dass 15.000 Schüler seither keinen Schulplatz hätten, weil die Aufnahmekapazitäten vieler staatlicher Schulen erschöpft seien.

Weitere Modifikationen des Pflichtschulgesetzes betreffen die besonders geförderten Eliteschulen, die sogenannten Schwerpunktschulen. Deren Sonderstatus soll nun endgültig aufgehoben werden. Der Prozess ihrer schleichenden Auflösung seit Ende der 1990er Jahre, etwa durch die schrittweise Abschaffung von Aufnahmeprüfungen zur Mittelschule, der Einführung des Prinzips der Wohnnähe und der Zunahme von nichtstaatlichen Schulen, findet somit seine rechtliche Entsprechung im Gesetzestext (vgl. C.a., 1998/4, Ü 17, 18). Zum Ausgleich der Bildungsqualität zwischen Stadt und Land werden außerdem Lehrer in städtischen Schulen aufgefordert, zeitweise in Schulen in ländlichen Gebieten zu arbeiten. (XNA, 29.6., 24., 31.8., 6.9.06; WSJ, 27.9.06)

Mehr Kooperation in der Raumfahrt

Die chinesische Regierung strebt eine engere internationale Kooperation in der Raumfahrt an. Anlässlich einer internationalen Konferenz der Raumfahrtindustrie Ende August 2006 führte der stellvertretende Direktor der Kommission für Wissenschaft, Technologie und Rüstung, Jin Zhuanglong, aus, dass bereits 16 Kooperationsverträge mit 13 Regierungen und Organisationen sowie Kooperationsabkommen der Raumfahrtindustrie mit 40 Ländern und Internationalen Organisationen bestünden. Engere Kooperation werde mit Russland, der Ukraine und weiteren europäischen Staaten sowie Argentinien, Chile und Peru angestrebt. Ein Vertrag für eine eigene Raumfahrtorganisation im asiatisch-pazifischen Raum mit Sitz in

Beijing wurde im vergangenen Jahr unterschrieben und befindet sich seither im Ratifizierungsprozess.

Während der Großteil der Zusammenarbeit mit Russland bislang aus dem Verkauf russischer Technik an die VR China bestand, sollen zukünftig Projekte gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Ende August d. J. wurde eine gemeinsame Marsmission angekündigt. Ein Raumfahrzeug werde im Jahr 2009 entsendet.

Nachdem die VR China mit den ersten beiden bemannten Raumflügen in den Jahren 2003 und 2005 zur dritten Raumfahrt-Nation neben Russland und den USA wurde, zeigt die Regierung ferner ein immer größeres Interesse daran, ihr Raumfahrtpotenzial international bekannt zu machen. Ende Juli d.J. wurde ausländischen Journalisten erstmals Zutritt zur „Raumfahrt-Stadt“ in Beijing gewährt. Während des Besuchs des Leiters der US-amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA, Michael Griffin, Ende September wurden dem Gast und ausländischen Journalisten zudem die Besichtigung des Raumfahrtzentrums in der Wüste Gobi gestattet. (XNA, 23., 28.8., 26.9.06, NfA, 13.9.06; FAZ, 26.7.06; WSJ, 25.9.06)

Erste erfolgreiche Kernfusion

Am 27. September 2006 testeten Wissenschaftler des Instituts für Plasmaphysik der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) nahe der Stadt Hefei (Provinz Anhui) erstmalig erfolgreich eine Kernfusion.

Seit dem Jahr 2003 ist die VR China an einem Forschungsprojekt der Europäischen Union und der Länder Japan, Kanada,

Schweiz, Russland, Südkorea, Indien und den USA beteiligt. Im Rahmen dieses Projekts wird seit dem Jahr 2005 der erste „Internationale Thermonukleare Versuchsreaktor“ (ITER) in Südfrankreich errichtet. Die Hoffnung ist, mit dieser Kernschmelzung eine neue umweltfreundliche, kostengünstige und langfristig nutzbare Energiequelle schaffen zu können, die andere Energieträger ergänzen oder langfristig sogar ersetzen könnte. Die VR China erbaute in einem parallel laufenden Forschungsprojekt mit dem Namen „Experimental Advanced Superconducting Tokama“ (EAST) seit 1998 einen eigenen Versuchsreaktor, der im März 2006 fertiggestellt wurde.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua hatte Wan Yuanxi, Leiter des Versuchsreaktors vom russischen Typ Tokama, Ende August d. J. angekündigt, innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre eine neue Rekorddauer der Fusion von bis zu 1.000 Sekunden erreichen zu wollen, damit mehr Energie geliefert als aufgenommen würde. In dem Erstversuch wurde nach Angaben Wus das Plasma nun etwa drei Sekunden lang gezündet.

Der stellvertretende Leiter des Forschungsprojekts ITER stellte fest, dass bereits mehrere Länder derartige Tests gemacht hätten. Eine solche Plasmaproduktion sei nur ein Teil der Kernschmelzung wie ITER sie durchführt. Die VR China habe damit wohl zeigen wollen, „Mitglied des Clubs zu sein“ (WSJ, 28.9.06). (XNA, 26.7.06; SCMP, 29.9.06)

Gesellschaft

Günter Schucher

Soziale Sicherung eine der Hauptsorgen der Städter

Die drei Hauptsorgen der Bewohner von großen und mittleren Städten in China sind Wohnungspreise, soziale Sicherung und Beschäftigung. Dies ergab ein Online-Survey, der über zwei Jahre durchgeführt wurde und an dem sich 773.325 Menschen in 287 Städten ab der Gemeindeebene beteiligten.

Das System der sozialen Sicherung geriet erst kürzlich negativ in die Schlagzeilen, als die Veruntreuung von einem Drittel des Shanghaier Sicherungsfonds (immerhin 400 Mio. US\$) durch dortige Beamte bekannt wurde (vgl. auch die Dokumentation in der Rubrik „Innenpolitik“). Chinesische Medien sprachen vom größten Finanzskandal in Shanghai seit vielen Jahren. Das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit verordnete, dass die Sicherungsfonds künftig nur bei Banken deponiert oder in staatlichen Schuldverschreibungen investiert werden dürfen, bis neue Investitionsvorschriften erlassen worden sind. Die Wellen, die der Skandal bis in die höchsten Führungskreise der KP hinein schlägt, verdecken z. T. die grundsätzlichen Probleme, die sowohl im Sozialversicherungssystem selbst als auch auf dem Kapitalmarkt bestehen. Untersuchungen zu den Mängeln des sozialen Sicherungssystems ergeben drei Hauptgründe für die häufige Veruntreuung von Mitteln: Fehlende Verantwortlichkeit, unzureichende Kontrollen und veraltetes Management